

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

114. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. März 1999, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer der SPD-Fraktion des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zum Thema NationalparkService gGmbH	5
2. Schülerbeförderungskosten	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1256	
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 14/2939	
3. Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs in Pflegesatzangelegenheiten	7
Vorlagen des Landesrechnungshofs Umdrucke 14/2858 und 14/2995	
Vorlage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Umdruck 14/2991	
Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts Umdruck 14/3001	
4. Unterrichtung des Landtages über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung und deren Auswirkung auf die Finanzplanung gemäß § 10 Abs. 2 LHO	8
- Fortsetzung der Beratung vom 5. November 1998 -	
5. a) Modellvorhaben nach § 10 a LHO	9
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2996	
b) Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03“	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/3014	

6. Außerplanmäßiger Bedarf infolge Schadensersatzleistung an die Nürnberger Hypothekenbank AG aus rechtskräftigem Urteil wegen einer amtspflichtwidrigen Notarprüfung 10

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Umdruck 14/3078

7. Information/Kenntnisnahme 11

8. Verschiedenes 12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zum Thema NationalparkService gGmbH

Landrat Dr. Klimant teilt mit, daß gestern abend unter den potentiellen Gesellschaftern ein Kompromiß zum einen bezüglich der Sperrminorität und zum anderen hinsichtlich der Gesellschafteranteile gefunden worden seien, so daß einer Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages nichts mehr im Wege stehe.

Auf Fragen der Abgeordneten Sager und Neugebauer antwortet Landrat Dr. Klimant, daß der Gesellschafteranteil beider Kreise 15 % betrage; sollte der Versuch, die Tourismuswirtschaft „an Bord zu nehmen“, fehlschlagen, werde sich daran nichts ändern. Die Sperrminorität, die bisher nur bei Auflösung der Gesellschaft und Änderung des Gesellschaftsvertrages habe greifen sollen, sei auf die Änderung der Satzung ausgeweitet worden.

St Berg bestätigt auf eine Frage der Abg. Peters, daß der geschilderte Kompromiß die Zustimmung der Landesregierung finde. Die Abgeordneten Heinold und Spoorendonk begrüßen den gefundenen Kompromiß ausdrücklich.

Zur Frage der Abg. Peters nach der Einstellung eines zweiten Geschäftsführers äußert Herr Dr. Rösner, daß die Notwendigkeit gesehen werde, den kaufmännischen Bereich gleichrangig mit dem Naturschutzbereich zu behandeln. St Berg schließt sich dieser Bewertung an und fügt hinzu, daß sich die Gehälter deutlich unter denen der Amtsleitung sowohl des Nationalparks Wattenmeer als auch anderer nachgeordneter Behörden bewegen werden.

Abg. Neugebauer betont, daß im Bereich des Merchandising große Erwartungen an den kaufmännischen Geschäftsführer gestellt werden. Bei entsprechender Qualifikation und guter Arbeitsleistung werde er seine Personalkosten mehr als rentierlich erbringen. Abg. Heinold stimmt dem zu, während Abg. Stritzl eine kostengünstigere Organisation für realisierbar hält.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schülerbeförderungskosten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1256

(überwiesen am 19. Februar 1998 an den Bildungsausschuß, den Finanzausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

- Fortsetzung der Beratung vom 25. November 1998 -

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 14/2939

AL Dr. Pabst teilt mit, daß der Dänische Schulverein die Angaben über die Gesamtkosten für die Schülerbeförderung - Seiten 2 und 4 der Vorlage Umdruck 14/2939 - auf 6.497.000 DM und entsprechend die Angaben über das Schulträgerdrittel auf 2.165.670 DM und den Landesanteil von zwei Dritteln auf 4.331.340 DM korrigiert habe.

Abg. Spoorendonk qualifiziert den Vergleich der vom Dänischen Schulverein angegebenen tatsächlichen Fahrkosten mit denen der öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein als einen „Vergleich von Äpfeln mit Birnen“. Auch P Dr. Korthals bezeichnet es als „ein bißchen ungerecht“, daß die dänische Schülerbeförderung mit ihrer eigenständigen Organisation und die deutsche Schülerbeförderung miteinander verglichen würden, meint aber, daß der Dänische Schulverein wohl kaum den Anspruch erheben könne, die Schülerbeförderung auf der Basis der tatsächlich entstehenden Kosten zu finanzieren, sondern sich an den Durchschnittskosten der öffentlichen Schülerbeförderung im Lande orientieren müsse.

Abg. Spoorendonk plädiert für eine gesetzliche Regelung im Interesse der Rechtssicherheit für den Dänischen Schulverein.

AL Dr. Pabst erläutert, daß die in der Vorlage wiedergegebenen statistischen Angaben nicht irgendwelche gegriffenen Werte darstellten, sondern sich an der Gesetzeslage ausrichteten.

Abg. Stritzl plädiert dafür, vor einer weiteren Beratung im Finanzausschuß das Ergebnis der Diskussion im federführenden Bildungsausschuß abzuwarten und den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs in Pflegesatzangelegenheiten

Vorlagen des Landesrechnungshofs
Umdrucke 14/2858 und 14/2995

Vorlage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Umdruck 14/2991

Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts
Umdruck 14/3001

P Dr. Korthals erklärt, er habe das Angebot der Sozialministerin begrüßt, in Anlehnung an die bayerische Regelung zu einer Lösung zu kommen, habe allerdings feststellen müssen, daß die geschlossene Vereinbarung dem Land „Steine statt Brot“ gebracht habe. Zum Beleg dafür zitiert P Dr. Korthals § 18 Abs. 3 des Landesrahmenvertrages in Verbindung mit Nummer 9 der Allgemeinen Verfahrensvereinbarung. Er plädiert für eine „ganz schlanke Regelung“ in der Rahmenvereinbarung sowie dafür, die wesentlichen Punkte nicht in irgendwelchen Ausführungsbestimmungen festzulegen.

Die Vorsitzende erklärt, sie vermöge die Argumentation von P Dr. Korthals nicht nachzuvollziehen, und AL Frau Deusser äußert, daß nach ihrem Verständnis die Zusage von M Moser, Nachverhandlungen zu führen mit dem Ziel, das Prüfungsrecht deutlicher zu akzentuieren und zu formulieren, voll umgesetzt worden sei. Abg. Astrup schließt sich dieser Bewertung an und fügt hinzu, daß es dem Landesrechnungshof letztlich unbenommen sei, gegenüber dem Sozialministerium entsprechend zu reagieren, wenn es tatsächlich inhaltliche Probleme geben sollte.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Abg. Peters plädiert dafür, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen, wenn das Thema in der heutigen Sitzung tatsächlich abschließend behandelt werden soll. - Der Ausschuß verständigt sich auf den Vorschlag der Abg. Peters.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Landtages über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung und deren Auswirkung auf die Finanzplanung gemäß § 10 Abs. 2 LHO

- Fortsetzung der Beratung vom 5. November 1998 -

hierzu: - Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 14/2698 und 14/2910

Der Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß M Möller an der Teilnahme an der heutigen Sitzung wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen verhindert ist - Umdruck 14/3116 -, und verständigt sich auf den 18. März 1999 als neuen Termin.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Modellvorhaben nach § 10 a LHO

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2996

b) Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03“

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3014

Der Ausschuß stimmt der Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie betr. Modellvorhaben nach § 10 a LHO, Umdruck 14/2996, einstimmig zu.

Die Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie betr. Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03“, Umdruck 14/ 14/3014, soll zusammen mit der in der heutigen Sitzung verteilten Tischvorlage, Umdruck 14/3111, in der Sitzung am 18. März 1999 beraten werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Außerplanmäßiger Bedarf infolge Schadensersatzleistung an die Nürnberger Hypothekenbank AG aus rechtskräftigem Urteil wegen einer amtspflichtwidrigen Notarprüfung

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Umdruck 14/ 14/3078

MR Teichmann trägt den Inhalt der Vorlage vor und erläutert die einschlägigen Bestimmungen der geltenden Dienstordnung für Notare vom 13. Februar 1985.

Auf Fragen der Vorsitzenden und des Abg. Stritzl teilt er mit, daß diese Dienstordnung derzeit überarbeitet werde. Die Überlegung, in die Dienstordnung eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, daß der Prüfungsbeauftragte über das Ergebnis der Prüfung unverzüglich zu berichten habe, sei fallengelassen worden aus der Überlegung heraus, daß eine derartige Bestimmung einen Ansatz für weitere Amtshaftungsansprüche bilden könnte; darüber hinaus müsse die Möglichkeit gegeben sein, einen Vorgang auch einmal liegen zu lassen, wenn keine Beanstandung vorliege.

Abg. Stritzl bittet um Mitteilung, was für Maßnahmen das Ministerium ergriffen habe, um Vorsorge zu treffen, daß sich derartiges nicht wiederhole.

Die Vorsitzende schlägt zum weiteren Verfahren vor, den Innen- und Rechtsausschuß als zuständigen Fachausschuß zu bitten, sich dieser Thematik möglichst zeitnah anzunehmen. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Unterrichtung 14/85 - Leistungsstufenverordnung

Umdruck 14/3033 - Veräußerung im Bereich Polizeiliegenschaft Schleswig

Umdruck 14/2820 - Vergleich angestellte und verbeamtete Lehrer

P Dr. Korthals bestätigt auf eine Frage des Abg. Stritzl, daß sich die Berechnungen der Landesregierung mit den Erkenntnissen des Landesrechnungshofs deckten.

MDgt Rohs führt aus, daß der mit 30.000 DM pro Fall angegebene Betrag zu hoch sei, da sich die Berechnung ausschließlich auf junge Lehrkräfte bezogen habe. Künftig werde, wie dies auch im Verlauf der Haushaltsberatungen 1999 mitgeteilt worden sei, pro Fall ein Betrag von 22.000 DM zugrunde gelegt werden.

St Döring stellt heraus, daß nach Auffassung der Landesregierung in Zukunft Beamte nur noch im hoheitlichen Bereich beschäftigt werden sollen. Der im Zuge dieser Überlegungen zu berücksichtigende Betrag sei jeweils von der Besoldungsgruppe und der Fachrichtung abhängig.

Abg. Stritzl bittet, dem Ausschuß künftig Berechnungen vorzulegen, die auf das jeweilige Vorhaben abgestellt seien.

Umdruck 14/3031 - Unterbringung für die Polizei Bad Schwartau

Die Vorlage soll als gesonderter Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Stritzl bittet das Finanzministerium, die Vorlage über die **Auswirkungen der Steuerreform**, Umdruck 14/2805, auf der Grundlage der neuesten Ergebnisse zu aktualisieren.
- b) Abg. Stritzl bittet um einen Bericht über die Abwicklung des Vergleichs zwischen der **Nordsee-Kurhof AG** und der Stadt Wyk auf Föhr.

Die Vorsitzende erinnert daran, daß dieses Thema in der Vergangenheit stets in nichtöffentlicher und für vertraulich erklärter Sitzung verhandelt worden sei.

- c) St Döring berichtet, daß ein **Tarifabschluß** je Prozentpunkt mit 49 Millionen DM zu Buche schlage. Dies bedeute für den kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag - unter Einschluß des Beamtenbereichs - einen Gesamtbetrag von 133 Millionen DM für 1999; der Betrag werde sich im Jahr 2000 entsprechend erhöhen. Gegenüber dem Haushaltsansatz bedeute dies für das Land Mehrkosten in Höhe von rund 80 Millionen DM, die auch gegenfinanziert würden. Ein Nachtragshaushalt sei - wie M Möller mehrfach betont habe - nicht erforderlich.

St Döring verweist weiter auf die einschlägige Diskussion, in der zum Ausdruck gebracht worden sei, daß vor dem Hintergrund der ungleichen Nettogehälter von Beamten und Angestellten auf eine Umsetzung des Tarifvertrages für die Beamten im Verhältnis 1 zu 1 möglicherweise verzichtet werde.

Finanziert werden werde der Aufwand durch Minderausgaben, zur Verfügung stehe weiter ein gewisser Betrag, der sich aus dem Kreditmanagement ergebe, ein Teil werde aus den Personalbudgets erwirtschaftet werden, und schließlich würden zur Finanzierung nicht veranschlagte Mehreinnahmen herangezogen werden.

Konkrete Zahlen könnten allerdings - so betont Abg. Döring abschließend - erst nach Unterrichtung des Kabinetts und einer entsprechenden Kabinettsentscheidung genannt werden.

- d) St Döring teilt mit, daß das **Land Schleswig-Holstein** in der Endabrechnung des **Länderfinanzausgleichs** geringfügig **Geberland** geworden sei mit der Konsequenz, daß Rück-

zahlungen in der Größenordnung von 5,9 Millionen DM und darüber hinaus für den Bereich der Bundesergänzungszuweisungen 11,5 Millionen DM geleistet werden müßten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer